

Vortrag des Gemeinderats an den Stadtrat**Interfraktionelle Motion GB/JA!, SP/JUSO, GFL/EVP, BDP/CVP, SVPplus (Stéphanie Penher, GB/David Stampfli, SP/Daniela Lutz, GFL/Kurt Hirsbrunner, BDP/Roland Jakob, SVPplus): Eine Liftlösung für den BärenPark; Fristverlängerung**

Der BärenPark erfreut sich grosser Beliebtheit. Selbst der Gemeinderat hält die neue Bärenanlage für ein Wahrzeichen der Stadt Bern. Die Erschliessung des BärenParks entspricht jedoch weiterhin nicht den Anforderungen des Behindertengleichstellungsgesetzes. Zwischen dem Tramdepot und dem Aareuferweg ist eine erhebliche Höhendifferenz, die von Menschen mit einer Mobilitätseinschränkung, wenn überhaupt, nur mit unverhältnismässigen Anstrengungen bewältigt werden kann. Der Klösterlistutz ist steil und mit einem Handrollstuhl gar nicht befahrbar. Auch ein Elektrorollstuhl hilft nicht, weil der Fahrer zu kippen droht. Schon beim Aufliegen des Bauprojektes wurde auf die Unzugänglichkeit des Bärenparks hingewiesen und das Stadtparlament hat sich mehrmals für die Erstellung einer Liftanlage geäussert. Zuletzt bei der gewährten Fristverlängerung der Motion Rolf Schuler (SP) Hindernisfreie Zugänge zum BärenPark (07.000185). Der Gemeinderat will sämtliche Varianten geprüft haben und hat die direkten Erschliessungen verworfen, dafür eine Halb-Erschliessung vom Aareuferweg bis unter der Nydeggbücke vorgeschlagen. Zudem soll ein Unterstützungsangebot durch Freiwillige geschaffen werden sowie zwei Behindertenparkplätze markiert werden. Bei den Behindertenorganisationen stösst der Vorschlag auf Unverständnis.

Der Gemeinderat wird beauftragt, die Zugänglichkeit des BärenPark für Behinderte mittels eines Liftes sicherzustellen. Aufgrund der finanziellen Ressourcen sollen die Kosten je zu einem Drittel durch StaBe, Sponsoren und öffentliche Gelder getragen werden.

Bern, 13. September 2012

Interfraktionelle Motion GB/JA!, SP/JUSO, GFL/EVP, BDP/CVP, SVPplus (Stéphanie Penher, GB/David Stampfli SP/Daniela Lutz, GFL/Kurt Hirsbrunner, BDP/Roland Jakob, SVPplus): Lea Bill, Werner Pauli, Rahel Ruch, Lukas Gutzwiller, Christine Michel, Monika Hächler, Esther Oester, Aline Trede, Miriam Schwarz, Corinne Mathieu, Thomas Göttin, Silvia Schoch-Meyer, Manuel C. Widmer, Hasim Sönmez, Ruedi Keller, Annette Lehmann, Lea Kusano, Halua Pinto de Magalhães, Giovanna Battagliero, Tania Espinoza, Daniel Klauser, Martin Trachsel, Susanne Elsener, Vinzenz Bartlome, Judith Renner-Bach, Martin Schneider, Ueli Jaisli, Eveline Neeracher, Peter Künzler, Rania Bahnan Büechi, Prisca Lanfranchi, Edith Leibundgut, Manfred Blaser

Bericht des Gemeinderats

Gemäss Artikel 59 Absatz 2 des Geschäftsreglements vom 12. März 2009 des Stadtrats von Bern (Stadtratsreglement; GR SR; SSSB 151.21) hat der Gemeinderat eine Motion innerhalb von sechs Monaten zuhanden des Stadtrats zu verabschieden. Der Stadtrat kann auf Antrag des Gemeinderats diese Frist verlängern.

Die vorliegende Motion stellt eine analoge Forderung wie die Motion Fraktion SP/JUSO (Rolf Schuler, SP) vom 24. Mai 2007: Hindernisfreie Zugänge zum BärenPark. Für die Erfüllung derselben hat der Stadtrat die Frist letztmals am 24. Januar 2013 bis 30. Juni 2013 verlängert.

Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, die Frist zur Beantwortung der vorliegenden Motion ebenfalls bis 30. Juni 2013 zu verlängern. Einerseits können damit die beiden ähnlichen Motionen koordiniert behandelt werden. Andererseits zeichnet sich ab, dass der Gemeinderat vor den Sommerferien inhaltlich mehr zum Thema sagen können wird, als dies heute der Fall ist.

Wie im Februar 2013 in den Medien zu lesen war, kam es betreffend das laufende Baubewilligungsverfahren (Treppenlift entlang des nördlichen Zugangs zwischen Nydeggbücke und Bärenbad) auf Initiative des Regierungsstatthalters zu einer Einigungsverhandlung zwischen den Parteien (Stadtbauten Bern respektive Stadt sowie Einsprechende). Im Rahmen dieser Verhandlung wurden verschiedene Themen diskutiert, so unter anderem die bereits bekannten Lösungen Treppenlift und Senkrechtlift auf das mittlere Niveau unter der Nydeggbücke. Wie es im Rahmen von Verhandlungen üblich ist, wurde die Diskussion auch über die beiden erwähnten Lösungen hinaus geführt und das Feld für Lösungsansätze erweitert. Die genauen Inhalte der Diskussion können dem Stadtrat heute noch nicht bekannt gegeben werden, da es sich um ein laufendes Verfahren handelt.

Der Gemeinderat möchte dem Stadtrat erst dann einen Antrag auf Annahme (oder Ablehnung) der Motion vorlegen, wenn konkrete Ergebnisse vorliegen.

Antrag

Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, die Frist zur Beantwortung der Motion bis 30. Juni 2013 zu verlängern.

Bern, 13. März 2013

Der Gemeinderat